

II-7930 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4015 IJ

A n f r a g e

1989 -06- 27

der Abgeordneten Dr. Höchtl  
und Kollegen  
an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten  
betrifft Menschenrechtssituation in Nicaragua

Nach Pressemeldungen sind erst kürzlich 11 Politiker der christlich sozialen Partei in Nicaragua wegen Ausübung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung zu hohen Haftstrafen verurteilt worden. Andererseits hat Nicaragua den UN-Pakt über bürgerliche und politische Rechte unterzeichnet, was angesichts des sonstigen Verhaltens der nicaraguanischen Regierung und der Situation der Menschenrechte in diesem Staat nur als Alibiaktion betrachtet werden kann. Die Einstellung Nicaraguas zu den Menschenrechten wird auch im Zusammenhang mit der blutigen Niederschlagung friedlicher Demonstrationen in der Volksrepublik China deutlich, weil das brutale Vorgehen des chinesischen Militärs Presseberichten zufolge von der nicaraguanischen Regierung gutgeheißen wurde.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten nachstehende

A n f r a g e :

1. Wie beurteilen Sie die menschenrechtliche Situation in Nicaragua?
2. Welche Konsequenzen beabsichtigen Sie im Hinblick darauf im Rahmen der österreichischen Menschenrechtspolitik zu ziehen?